

**Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des
Ausschusses für Anregungen und Beschwerden gem.
§ 24 GO NRW der Stadt Bergisch Gladbach am
14.11.2012
- öffentlich -**

**20. Anregung vom 30.09.2012, den Bereich Voislöhe nicht als einen künftigen
Gewerbestandort vorzusehen**
0480/2012

Ein Repräsentant der Bürgerinitiative moitzfeldherkenrath erläutert die Anregung. Diese werde von über 2400 Mitgliedern der Bürgerinitiative und über 1000 Mitgliedern des Bergischen Naturschutzbundes mitgetragen. Der Rat habe im Februar dieses Jahres das ISEK 2030 verabschiedet, welches Grundlage der anstehenden Überarbeitung des Flächennutzungsplanes sei und hinsichtlich des zu erhaltenden Charakters der östlichen Stadtbereiche einige sinnvolle Aussagen treffe. Leider sehe das ISEK 2030 neben einem Bereich entlang der Brüderstraße auch ein etwa 20 ha großes Areal zwischen Moitzfeld und Herkenrath im Bereich Voislöhe als Standort für ein künftiges Gewerbegebiet vor. Das dahinter stehende Gewerbekonzept der Stadt wolle den Bereich Voislöhe für Großbetriebe und emittierendes Gewerbe entwickeln.

Mit einer Verwirklichung solcher Pläne werde die einzig noch bestehende Ost-West-Grünachse beeinträchtigt. Bereits vor 20 Jahren seien diese mit dem Hinweis verworfen worden, es handele sich um das Frischluftentstehungsgebiet für Bensberg, Refrath und weite Teile von Bergisch Gladbach und damit um einen denkbar ungünstigen Standort. Die bestehende Erschließungsstraße sei bereits jetzt stark überlastet. Insgesamt sei der Bereich das Tor zum Bergischen Land, welches man nicht mit einem Gewerbegebiet belasten könne. Eine Ansiedlung von Gewerbe widerspreche zudem den grundsätzlichen Aussagen von ISEK 2030.

Natürlich sei auch der Bürgerinitiative daran gelegen, das Für und Wider eines Gewerbegebietes in diesem Bereich sachlich abzuwägen. Bedauerlicherweise verweise ISEK 2030 für künftige Gewerbestandorte nur auf die beiden benannten Bereiche, was nunmehr für die planende Verwaltung das weitere Vorgehen bestimme. Hierin liege bereits eine vorzeitige Festlegung. Entsprechend weit oben im Ranking stünden beide Gebiete im Gewerbekonzept, welches jedoch alle entgegenstehenden Aspekte ausblende. Die im Konzept vorgenommene Benotung sei nicht nachvollziehbar, wobei der Bereich Voislöhe nur um wenige Prozentpunkte hinter dem Komma besser abschneide als andere. Das Ranking beruhe auf mehreren unzureichenden Annahmen, die selbst vom Gutachter kritisch bewertet würden.

Es sei unbefriedigend, wenn das ISEK 2030 ein künftiges Gewerbegebiet Voislöhe vorgebe und die eigentliche Entscheidung hierüber nicht der Politik, sondern einem Gutachter überlasse. Eine Verwirklichung des Gewerbegebietes werde den Charakter des östlichen Bereichs von Bergisch Gladbach

unwiderruflich verändern. Moitzfeld und Herkenrath würden künftig Siedlungen am Rande dieses Gebietes. Die Entscheidung sei also unzweifelhaft eine politische und können nur von den Mandatsträgern getroffen werden, nicht jedoch von einem Gutachter. Es reicht auch nicht aus, diese als lediglich einen Punkt von vielen im Rahmen der Anpassung des Flächennutzungsplanes zu werten.

Er bittet den Ausschuss, das Anliegen der Bürgerinitiative zu unterstützen und zu verhindern, dass weitere Ressourcen in ein Projekt mit derart negativen Konsequenzen für die gesamte Stadt Bergisch Gladbach gesteckt werden.

Herr Lang beantragt, alle Planungen zur Realisierung eines Gewerbegebietes im Bereich Voislöhe einzustellen. Es sei unsinnig, in diesem Bereich ein Gewerbe- oder gar künftiges Industriegebiet zu realisieren. Er kritisiert das Vorgehen der Verwaltung gegen die Protestmaßnahmen der Bürgerinitiative und qualifiziert dieses als ungerechtfertigte Unterdrückung der freien Meinungsäußerung.

Diese Kritik wird von Herrn Galley zurückgewiesen.

Herr Bartz erläutert, dass sich die FDP-Fraktion gegen ein künftiges Gewerbegebiet im Bereich Voislöhe ausspreche. Sie richte sich damit nicht nach dem Wählerwillen, sondern nach den Fakten. Ein derartiges Vorhaben sei ökologisch, sozial und ökonomisch eine Katastrophe. Die damit einhergehende notwendige Infrastruktur gehöre nicht in einen derartigen Landschaftsbereich.

Herr Dr. Miede erinnert an die Würde der Mandatsträger, die nach außen hin zu zeigen und zu vertreten auch Herr Lang verpflichtet sei. Er beantragt, die Anregung in den Planungsausschuss zu überweisen. Die Bürgerinitiative formuliere auf Seite 2 Ihres Schreibens vier Forderungen, von denen über die ersten beiden ohne einen aktualisierten Flächennutzungsplan nicht befunden werden könne. Die Forderungen drei und vier könnten in künftige Beratungen zu einem Gewerbegebiet einfließen, wenn es hierzu komme. Er weist auf die noch zu erfolgende endgültige Vermarktung der Gewerbegrundstücke im Bereich Obereschbach hin. Solange diese nicht abgeschlossen sei, verbiete sich eine Diskussion über ein Gewerbegebiet im Bereich Voislöhe. Seine Fraktion wünsche mit Blick auf die derzeit bestehende wirtschaftliche Lage und die zahlreichen Probleme der Stadt keine Bindungen, zu denen man dauerhaft nicht stehen könne.

Herr Höring schließt sich der Kritik von Herrn Dr. Miede hinsichtlich der Äußerungen von Herrn Lang an. Auch er beantragt, die Anregung in den Fachausschuss zu überweisen, was seiner Auffassung nach aber nicht der Planungsausschuss sein könne. Dort solle über ein künftiges Gewerbegebiet Voislöhe im Rahmen der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes beraten werden. Mit der CDU-Fraktion werde es weder ein Gewerbegebiet in der angedachten Größe noch ein Industriegebiet geben. Die Lebensqualität von Bergisch Gladbach liege nicht nur in solchen Standorten. Dennoch sei es unzulässig, von vornherein ein Denkverbot auszusprechen.

Von Herrn Kamp wird darauf verwiesen, dass viele Neubürger wegen der Wohnmöglichkeiten im Grünen nach Bergisch Gladbach kämen. Im Bereich Voislöhe seien diese gegeben, so dass die dort ansässige Bevölkerung für ein künftiges Gewerbegebiet keinerlei Verständnis habe. Er bezweifle den Bedarf an Gewerbeflächen in einer Höhe, die ein solches Vorhaben rechtfertigten. Zuerst sollten alle brachliegenden Gewerbeflächen und der Bereich in Obereschbach

vermarktet werden. Seine Fraktion trage ein künftiges Gewerbegebiet in Voislöhe nicht mit.

Herr Berger verweist auf die insgesamt zwölf bestehenden Gewerbegebiete in Bergisch Gladbach. Der neue Gewerbebereich Obereschbach sei noch lange nicht endgültig vermarktet. Seine Fraktion wolle ein Denken in eine bestimmte Richtung nicht unterbinden, aber jegliche Kosten für eine Planung, die unter Umständen nicht zur Ausführung gelange, unterbinden.

Von Herrn Dr. Baumele-Courth wird ergänzt, dass die Fraktion Bündnis 90/die Grünen derzeit alle städtischen Planungen hinsichtlich künftiger Gewerbegebiete kritisch überprüfe. Der Verweis auf einen künftig überarbeiteten Flächennutzungsplan sei lediglich eine bequeme Ausrede zur Vermeidung einer Entscheidung in der Sache, da ein solcher mit Sicherheit nicht vor der nächsten Kommunalwahl verabschiedet werde. Es sei im Gegenteil geboten, wo möglich bereits heute eine eindeutige Position zu beziehen. Der künftige Bedarf an Gewerbeflächen sei für Bergisch Gladbach durchaus strittig; selbst wirtschaftsnahe Zahlen unterschritten hier die Aussagen des ISEK 2030.

Die Stadt habe in den vergangenen Jahren hinsichtlich der Realisierung von Gewerbeansiedlung sehr konzeptionslos agiert, was durch die Widerstände im Bereich Meisheide und Lustheide belegt werde. Vorherige Siedlungsverdichtungen in diesen Bereichen seien durch Bauleitpläne und damit über Entscheidungen des Rates erfolgt.

Bergisch Gladbach erhalte jährlich eine deutlich höhere Zuweisung aus der Einkommensteuer als sie an Gewerbesteuern einnehme. Im zu entwickelnden Profil für Bergisch Gladbach müsse künftig festgelegt werden, in Richtung welcher der beiden Einnahmearten man städtebaulich agiere. Er gehe nicht davon aus, dass Bergisch Gladbach hinsichtlich seines wirtschaftlichen Profils in der Zukunft noch so geprägt werde wie heute. Es werde eine Verschiebung in Richtung Dienstleistung und höherwertigeren Gewerbeformen geben. Insoweit bestehe auch bei der städtischen Wirtschaftsförderung Optimierungsbedarf, die mit den städtischen Flächen sinnvoller umgehen müsse. Unglücklich sei, dass zum Teil in Konkurrenz zur Wirtschaftsförderung des Kreises gehandelt werde.

Eine Positionierung gegen ein Gewerbegebiet Voislöhe mache bereits jetzt Sinn, um Ressourcen in andere planerische Projekte investieren zu können. Er bezweifelt, dass es bei der Stadt hinsichtlich Gewerbeflächen so viele Anfragen gebe, wie der Stadtbaurat immer wieder betone. Auch künftig stehe zu befürchten, dass Gewerbegrundstücke eher nach Zufälligkeit der Anfrage vergeben werden. Das Anliegen der Bürgerinitiative sei in jeder Hinsicht nachvollziehbar, weshalb der Anregung zugestimmt werden sollte. Die Problematik der Wirtschaftsförderung und einer Vergabe von Grundstücken möchte er gerne in einem interfraktionellen Arbeitskreis weiter erörtern. Seine Fraktion wünsche Lösungen, die auch strukturell nachhaltig seien.

Für Herrn Höring besteht eine strukturell nachhaltige Gewerbegebietsplanung vor allem darin, sich frühzeitig um eine Ausweisung entsprechender Bereiche zu kümmern. Gegen eine interfraktionelle Zusammenarbeit habe er hier nichts einzuwenden. Es gehe nicht nur um die Aufrechnung von Einkommensteuer gegen Gewerbesteuer, sondern auch um die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Vermeidung von Individualverkehr.

Herr Bartz weist darauf hin, dass die Zukunft des Gewerbeareals Zanders völlig ungewiss sei. Gegebenenfalls liege dort künftig eine riesige Fläche brach, während

man in Voislöhe ein neues Gewerbegebiet ausgewiesen habe.

Unter Hinweis auf die erst 2008 erfolgte Aufnahme des Bereiches Voislöhe in den Landschaftsplan Südkreis fordert Frau Schweizer die Ablehnung des Gewerbegebietes.

Herr Galley stellt klar, dass der für die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes zuständige Fachausschuss der Planungsausschuss ist.

In seinem Schlusswort bittet der Repräsentant der Bürgerinitiative *moitzfeldherkenrath* alle Ausschussmitglieder, sich von den Gegebenheiten im Bereich Voislöhe ein eigenes Bild zu machen.

Herr Lang ist damit einverstanden, seinen Antrag als deckungsgleich mit dem Anliegen der Bürgerinitiative zu werten und eine Abstimmung auf dieses zu beschränken.

Sodann fasst der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, Die Linke./BfBB und FDP bei Gegenstimmen der CDU und Teilen der SPD und einigen Stimmenthaltungen aus den Reihen der SPD folgenden **Beschluss**:

Der Anregung, im Bereich Voislöhe keinen künftigen Gewerbebestandort vorzusehen, wird nicht entsprochen.

Im Anschluss daran fasst der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und Die Linke./BfBB bei Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und der Freien Wähler folgenden **Beschluss**:

- 1. Die Anregung wird in den Planungsausschuss überwiesen. Sie wird dort im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes diskutiert und beschieden.**
- 2. Für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden ist das Verfahren abgeschlossen.**

Bergisch Gladbach, den 14.02.13

Für die Richtigkeit:

Schriftführung